



Tätigkeitsbericht 2005

dowas für frauen

Durchgangsort für wohnungs-
und arbeitssuchende Frauen



Wir sind

Anlaufstelle für Frauen in Krisensituationen,
für Frauen mit existenziellen Problemen,
für wohnungslose Frauen

Wir bieten

Beratung, Begleitung,
betreute Wohnmöglichkeiten
und Hilfe bei der Existenzsicherung für Frauen,
die an der Veränderung ihrer Lebenssituation arbeiten wollen

Wir wollen

weiblichen Lebenswelten Raum geben
und Frauenrechte einfordern

BUNDEMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND FRAUEN



Inhalt

Mitarbeiterinnen 2005	4
Editorial	5
Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung	7
Qualitätssicherung – der Wunsch nach Legitimation?	9
Schwangerschaftsabbruch ...	12
Der Vereinsvorstand 2004/2005	13
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Organisation · Struktur · Finanzen	14
Finanzierung	15
Statistische Daten der betreuten Personen 2005	19
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Ambulante Beratung	20
Statistische Daten zur Ambulanten Beratung 2005	21
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Betreutes Wohnen	28
Statistische Daten zum Betreuten Wohnen 2005	29
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Kinder	32
Ferienlager 2005	33
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Sozialpäd. Wohngemeinschaft	34
Bereichsleitbild für den Fachbereich: Nachtdienst Wohngemeinschaft	35
Statistische Daten der Wohngemeinschaft 2005	36

Mitarbeiterinnen 2005

Beratungsstelle / Betreutes Wohnen

Team

- DSA Alge Jasmine, Sozialarbeiterin (32 Wochen-Std.)
- Dr. El Sayed-Meixner Hedy, Psychologin (23 Wochen-Std.)
- DSA Stauder Doris, Sozialarbeiterin (23 Wochen-Std.)

Einschulung für Kranken- und Urlaubsvertretung

- Hashemi Miryam (19,5 Stunden im Dez. 2005)

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Tagteam

- DSA Bröckl Karin, Sozialarbeiterin (bis 31.1.05: 24 Wochen-Std., 1.2. – 28.2.05: 28 Wochen-Std., seit 1.3.05: 24 Wochen-Std.)
- Keszleri Beate, psych. Mitarbeiterin (24 Wochen-Std.)
- Mag. Müller Eva, Psychologin (bis 31.1.05: 24 Wochen-Std., 1.2. – 28.2.05: 28 Wochen-Std., seit 1.3.05: 24 Wochen-Std.)
- DSA Radl Ines, Sozialarbeiterin (bis 1.3.05 Bildungskarenz, anschließend 24 Wochen-Std.)
- DSA Walder Judith, Sozialarbeiterin (Karenzstelle bis 31.1.05: 24 Wochen-Std.)

Nachtteam und gleichzeitig fallweise Urlaubs- und Krankenvertretungen für Tagteam

- Dekitsch Erika
- Hashemi Miryam
- Erhart Sabine
- Weber Maja (bis 31.5.05)
- Vogelreiter Martina (bis 30.9.05)

- Lantschner Monika (bis 30.10.05)
- Gerzer Elisabeth (16.3.05 bis 31.8.05)
- Wagner Elisabeth (seit 26.9.05)
- Mayerl Brigitte (seit 1.9.05)
- Fellacher Maria (22.10 bis Dez.05, anschließend freigestellt wegen Schwangerschaft)

Fachbereich Kinder

- Sporer Sigrid, Koordination Fachbereich Kinder (bis 31.1.05: 29 Wochen-Std., 1.2. – 28.2.05: 33 Wochen-Std., seit 1.3.05: 29 Wochen-Std.)
- Ortner Robert, Kinderbetreuer (bis 31.8.05)

Praktikantin des MCI / FH Soziale Arbeit in der Wohngemeinschaft

- Steixner Christina (19.9.05 bis 8.1.06)

Mitarbeiterinnen in Karenz

- Pfaundler Karin (bis 7.11.05 in Elternkarenz)
- Mayerl Brigitte (bis 31.8.05 in Elternkarenz)
- Fellacher Maria (seit Dez.05 freigestellt wegen Schwangerschaft)

Hausmeister

- Aichbauer Christoph (bis 3.11.2005)
- Schöpf Thomas (ab 1.12.2005)

Reinigung

- Moritz Cynthia (seit 27.5.2005)

Externe MitarbeiterInnen

- Mag. Kapferer Matthias, Jurist
- Mmag. Kärle Iris, Juristin
- Klima Christof, EDV Betreuung

Geschäftsführung

- Mag. Burchell Caroline (22 Wochen-Std.)

Editorial

Beschreibung des Angebots

Auch dieses Jahr wird das Angebot der drei Arbeitsbereiche des DOWAS für Frauen durch den ausführlich formulierten Folder beschrieben. Dieser bildet einen integrierten Bestandteil dieses Tätigkeitsberichtes und befindet sich in der Mitte der Ausgabe. Für weitere Informationen die Vereinsgeschichte oder Berichte aus den Vorjahren betreffend, möchten wir auf unsere Homepage www.dowas-fuer-frauen.at verweisen.

Existenzsicherung DOWAS für Frauen - Finanzielle Situation 2005

Wie schon im letztjährigen Tätigkeitsbericht aufgezeigt, hat die Tiroler Landesregierung für 2005 drastische Kürzungen im sozialen Bereich angekündigt. Bezogen auf unsere Einrichtung konnten sie abgewendet werden – andere Kooperations- und SystempartnerInnen, wie bspw. das Tiroler Frauenhaus, mussten jedoch (wie auch schon in den Vorjahren) starke finanzielle Einbußen hinnehmen.

Auch von Seiten der Stadt Innsbruck wurde dem finanziellen Bedarf Rechnung getragen – im Bereich Betreutes Wohnen/ambulante Beratung liefen die Verhandlungen zwar bis zum Herbst, konnten aber erfolgreich abgeschlossen werden. Ohne Vorsichtsmaßnahmen, Notfallplan und Einbußen ging es aber nicht. Im Bereich Betreutes Wohnen/ambulante Beratung mussten aufgrund der finanziellen Unsicherheiten Einsparungen getätigt werden, die eine Reduktion des Beratungsangebotes mit sich brachten. Dies stellte sowohl für die hilfesuchenden Frauen, als auch für die Mitarbeite-

rinnen, eine kaum zumutbare Situation dar. Mehr dazu im Artikel zur Finanzierung des DOWAS für Frauen.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialpolitischen Arbeitskreis (SPAK) wurde im Bereich der finanziellen Absicherung von sozialen Einrichtungen auch 2005 viel an Öffentlichkeitsarbeit betrieben und Gespräche mit politisch Verantwortlichen geführt. Jede in Tirol vertretene Einrichtung ist Teil des sozialen Netzes, das unmittelbar ineinander greift und sich verzahnt. Wenn Teile davon wegbrechen, beginnt das ganze System zu bröckeln. Die Forderung des SPAK nach der Absicherung aller bestehenden Einrichtungen ist die logische Konsequenz.

Die Politik des (Ein)Sparens und (Um)Verteilens erhält immer wieder neue Facetten. Es gibt Stimmen, die im Zusammenhang mit der Finanzierung von sozialen Einrichtungen von Effizienz, Leistungssteigerung und Qualitätssicherung sprechen. Dazu möchte ich auf den Beitrag „Qualitätssicherung – der Wunsch nach Legitimation?“ verweisen.

Existenzsicherung in der Beratung von Frauen

Der Kampf um und der Einsatz für die existenzielle Absicherung betrifft nicht nur unsere Einrichtung im Sinne der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes, sondern auch jene Frauen, die sich an das DOWAS für Frauen wenden. Es ist allgemein bekannt, dass die Zahl der in Armut lebenden Menschen in Österreich in den letzten Jahren gestiegen ist. Dass sich Lebenssituationen in finanzieller und damit auch in emotionaler Hinsicht zusehends verschärfen, bleibt dem

oberflächlichen Blick aber meist verborgen. Schon vermeintlich geringe außergewöhnliche Ausgaben oder Belastungen, können Frauen in eine finanzielle Notlage bringen. Bei weitem nicht alle haben Anspruch auf Sozialhilfe, liegen knapp über den Richtsätzen oder nehmen diese Form der Unterstützung nicht an. Spiegel ist, wie so oft, der Beratungs- und Betreuungsalltag, der uns deutlich zeigt, dass die Existenzsicherung den größten Teil einnimmt. Auch der Bereich Gesundheit stellt einen wichtigen Beratungsinhalt dar. In diesen fällt auch der Schwangerschaftsabbruch. Da viele Frauen dazu Informationen benötigen, diesbzgl. Beratung in Anspruch nehmen und es sich dabei um ein grundlegendes Frauenrecht handelt, haben wir dieser Thematik einen eigenen Artikel gewidmet.

Aus den Statistiken der jeweiligen Arbeitsbereiche für 2005 lassen sich noch viele andere gesellschafts- und sozialpolitisch relevante Feststellungen oder Tendenzen ausmachen, die in frauenspezifischer Hinsicht von Bedeutung sind.

Existenzsicherung = Grundsicherung?

Im Herbst 2005 wurde das DOWAS für Frauen neben anderen sozialen Einrichtungen und Institutionen zur Begutachtung des Entwurfs des „Tiroler Grundsicherungsgesetzes“ aufgefordert. Dieser Aufgabe stellten wir uns natürlich gerne – leider mussten wir in der Begutachtung feststellen, dass sich die Befürchtungen in Sachen Verschlechterungen für AntragstellerInnen und SozialhilfeempfängerInnen bewahrheitet haben. Da auf dem Verordnungsweg noch sehr viel an zusätzlichen Änderungen eingebracht werden kann, war die Begutachtung schwierig. Das neue Gesetz soll ab März 2006 in die Praxis umgesetzt werden. Die endgültige Form und der tatsächliche Vollzug werden somit im nächsten Tätigkeitsbericht über das Arbeitsjahr 2006 näher beschrieben.

Der Blick zurück und jener nach vor zeigt uns, dass gerade im sozialen Bereich ebensoviel auf uns zukommt, wie auch schon geschehen ist. Im Gegensatz zu früheren Jahren aber, wird es jedoch kaum zu einem Ausbau des sozialen Netzes kommen – im Gegenteil, der Kampf um das Bestehen prägt den Alltag. Es ist zu wünschen und auch einzufordern, dass dieser große Platz, den die jährliche finanzielle Absicherung einnimmt, wieder frei wird für andere wesentliche Kernthemen der sozialen Arbeit. Dies kommt den Rat- und Hilfesuchenden in direkter Linie zugute.

DSA *Jasmine Alge*
Obfrau



Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Neben der laufenden inhaltlichen Arbeit in den Arbeitsgruppen und -kreisen (genaue Beschreibung siehe Tätigkeitsbericht 2004, S. 9 –10) und diversen Vernetzungen zu frauenpolitischen Seiten im www, wurden im Bereich Öffentlichkeitsarbeit folgende Schwerpunkte gesetzt:

- ▶ Berichte Tageszeitungen zur finanziellen Situation des Betreuten Wohnens
- ▶ Gastkommentar in der Tiroler Tageszeitung vom 4.8.05 im Namen des Sozialpolitischen Arbeitskreises.
- ▶ Kurzbericht 18 Jahre DOWAS für Frauen zum Weltfrauentag am 8.3.05
- ▶ Beitrag zum Buch „Heimat bist Du reicher Töchter? Frauenarmut in Österreich“
- ▶ Austauschtreffen mit Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstelle „Virginia“ aus Kahul, Moldawien, am 20.7.05 in Innsbruck.
- ▶ Medienberichterstattung zum Thema „Sozialhilfe neu – Tiroler Grundsicherungsgesetz“ in Zusammenarbeit mit dem Sozialpolitischen Arbeitskreis/Sozialhilfearbeitskreis
- ▶ Mitarbeit bei der frauenspezifischen Stadtführung mit Historikerinnen am 30.9.05 organisiert von Frauen im Brennpunkt.
- ▶ Mitarbeit bei der Sozialroutenplanerin (Routenplan für Frauen in Notlagen) des Vereines Unicum Mensch.
- ▶ Mitarbeit bei der Aktionswoche Gewalt an Frauen 21.-25.11.05 des ÖH Frauenreferates
- ▶ diverse Austausch- und Informationstreffen mit StudentInnen, SchülerInnen und Personen des öffentlichen Lebens



Sozialroutenplanerin

Betreutes Wohnen wackelt

Bekürzte Landesmittel bedrohen das Betreute Wohnen, warren die Sozialvereine. Sie beantragen jetzt effektiv mehr Geld bei der Landesregierung.

INNSBRUCK von Konrad GÖL, es sei eine Notlage

im Ehrenamt. Das Land Tirol habe die Subvention „übertriebene Begründung“ ge-
kürzt, es sei auch nicht jede
Einrichtung gleich betroffen,
erklärt Ines von Alge vom
Frauenkreis.
Schon 2004 habe man mit
Notlagenantrag ... abzu-

handlungen mit der Staa-
denberufung. „Wir ha-
ben kein Geld“ abgewagt
werden sein, werden sich
die Ägge im März 2005
man an die ganze Landes-
planung. „Was für die Landes-
bedarfe (0000) Prozent ist,
in für die Wohn-3-Prozent

UNSICHER Frauendowas will Finanz-Sicherheit

Das Dowas für Frauen möchte einen Drei-Jahres-Vertrag mit der Stadt Innsbruck, um die Finanzierung der betreuten Wohngruppe langfristig absichern zu können. „Solche Verträge haben auch Sozialvereine auch“, sagt

„passung“, erklärt Borchelt. Sie spricht von einer Drei-Jahres-Summe von rund 40.000 Euro.
Nun haben Sigrid Mariniel (SP) und Doris Linser (Grüne) dem Gemeinderat einen diesbezüglichen Antrag vorgelegt. Über die Forderung wird noch beraten werden.

Stadt will Sozialvereine unterstützen – Krisenteam mit Amtsärzten

dowas für frauen
Durchgangsort für wohnungs- und arbeitsuchende Frauen



ambulante Beratung
Betreutes Wohnen
sozialpädagogische Wohlfühlgruppen

Wir sind Anlaufstelle für Frauen mit und ohne Kinder, für Frauen mit existenziellen Problemen.
Wir bieten Beratung, Begleitung, betreute Wohngruppen bei der Existenzsicherung.

Hilfe für Betreutes Wohnen

Zur Absicherung des Betreuten Wohnens in Innsbruck fehlen derzeit 50.000 Euro.

INNSBRUCK (TF). Bei einer Tagung der Stadt Innsbruck mit Soziallandesrätin Christa Gangl und Vertretern von Sozialvereinen

und psychisch krank“ stellte sich heraus: Die finanziellen Ressourcen sind knapp, eine nachhaltige Sicherung der Hilfsrichtungen fehlt. Vierbürgermeister Egon Sprenger kann sich aber vorstellen, dass die Stadt einen Teil des offenen Betrags von

In Zusammenarbeit mit den Amtsärzten der Stadt Innsbruck soll außerdem ein Krisenteam installiert werden. Es wird Angehörige und Nachbarn über das Verhalten der Betroffenen aufklären. Damit soll

Die Zukunft in Tirol: Wartelisten für Hilfesuchende?



GASTKOMMENTAR

Armut lässt nicht auf sich warten

Von ALGE JASMINE

In Tirol sind Hunderte Menschen von Armut bedroht oder betroffen. Die Zahl der Hilfesuchenden steigt von Jahr zu Jahr. Diese Fakten werden belegt durch die Erfahrungsberichte und Statistiken der sozialen Einrichtungen und durch die vom Amt der Tiroler Landesregierung in Auftrag gegebene Sozialbedarfsenerhebung 2003.

Laut dieser liegen in Tirol 23% der Haushalte und 21% der Erwerbseinkommen unter der Armutsschwelle, 4% davon gelten als akut arm – jenen Menschen fehlt das Not-

wendigste zum Leben. Im Regierungsprogramm der Landesregierung – ÖVP und SPÖ – wird den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die Gewährleistung sozialer Sicherheit durch ein ausgewogenes Sozialbudget versprochen. Die Realität zeigt uns aber ein anderes Bild. Der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol (SPAK) kann bestätigen, dass viele der insgesamt 16 in diesem Gremium vertretenen sozialen Einrichtungen, dieses Jahr Kürzungen zwischen 3 und 35% hinnehmen mussten. Daraus resultieren Personalkürzungen

oder Reduktion von Beratungszeiten – was in jedem Fall dramatische Auswirkungen auf hilfesuchende Menschen hat, die in weiterer Folge auf Wartelisten für Beratungstermine oder gar vor verschlossenen Türen stehen. Die Beratungs- und Betreuungsarbeit für Frauen, Männer, Kinder und Jugendliche in Notlagen wird zusehends überschattet von der Frage, welchen Wert das Land Tirol mit all seinen Gemeinden und Städten einem gut ausgebauten sozialen Netzwerk tatsächlich noch beimisst. Regierungsprogramm.

Wahlversprechen und Lippenbekenntnisse sind für die Bevölkerung ohne Nutzen, wenn sie nicht oder nur punktuell eingehalten werden. Tirol braucht eine langfristige und nachhaltige Sozialplanung, die unter anderem beinhaltet, das bestehende soziale Angebot abzusichern, neuen Bedarf wahrzunehmen und auf diesen zu reagieren. Mit jeder politischen Entscheidung, die das bestehende soziale Angebot schmälert, werden die Probleme von Menschen in Notlagen ignoriert und damit die Warteschlangen

vor den Hilfseinrichtungen länger. Entgegen des Regierungsprogramms von ÖVP und SPÖ werden durch diese Vorgehensweise Menschen nicht – wie versprochen – in den Mittelpunkt, sondern an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Herrscht in einem (Bundes)Land Armut, ist das ein Zustand, der als solcher nicht akzeptiert werden darf und der dringenden Handlungsbedarf erfordert – so auch im reichen Tirol!
Alge Jasmine, Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol (SPAK).

Qualitätssicherung – der Wunsch nach Legitimation?

Qualitätsmanagement (QM), Gesamtheit der sozialen und techn. Maßnahmen, die zum Zweck der Absicherung einer genormten Qualität von Ergebnissen betrieblicher Leistungsprozesse angewendet werden z.B. Qualitätszirkel, Qualitätskontrolle, Prozessregelung, Endkontrolle. Aus institutionellem Blickwinkel bezeichnet QM die Gruppe, der in einer Organisation mit der Qualitätssicherung betrauten Personen. Organisationsstruktur, Verantwortlichkeiten und Befugnisse, Verfahren und Prozesse, sowie die für die Verwirklichung des QM erforderlichen Mittel, werden als Qualitätssicherungssystem bezeichnet. (Quelle: Meyer's Lexikon)

Qualität ist die Übereinstimmung zwischen den festgestellten Eigenschaften und den vorher festgelegten Forderungen einer Betrachtungseinheit. (IEC 2371)

In den letzten Jahren wird im Zusammenhang mit sozialer Arbeit auch in Tirol immer häufiger von Qualitätssicherung und –management gesprochen. Qualitätssicherungsinstrumente und Qualitätssiegel sind modern und bieten nicht selten Grundlage, oder auch Voraussetzung, für die Verteilung von Gelder der öffentlichen Hand.

Qualität in der sozialen Arbeit begleitet die alltägliche Praxis und ist als solche natürlich gefordert. Die Qualitätsdebatte im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung zu führen ist aus professioneller Sicht abzulehnen. Vielmehr wird dies mehr und mehr von Seiten der politisch Verantwortlichen, sprich den Subventionsgebern, eingebracht. Angesichts der vermeintlich knapper werdenden finanziellen Mittel sind Schlagwörter wie „Leistung“ und „Effizienzsteigerung“ immer öfter im Zusammenhang mit der Finanzierung von sozialen Einrichtungen zu hören. Im Vordergrund steht die Legitimation über die Verwendung von öffentlichen Geldern und der Wunsch nach Messbarkeit von Sozialer Arbeit – in den Hintergrund rückt dadurch der Mensch und die

Auseinandersetzung mit der sozialpolitischen Verantwortung gegenüber realen gesellschaftlichen Entwicklungen, Bedürfnissen und Notwendigkeiten.

Der Qualitätsbegriff ist abstrakt genug, um unterschiedlichste Qualitätsvorstellungen und -erwartungen darin zu verpacken. Angesichts der pauschalen Forderung nach „mehr Qualität“ ist der Interpretationsspielraum groß. Je nach Interesse der einzelnen Anspruchsgruppen könnte darunter gleichzeitig eine Kürzung der Mittel oder auch eine Verbesserung der fachlichen Standards im KlientInnenkontakt verstanden werden.

Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit (Vortragsmanuskript), Marianne Meinhold

Unsere Erfahrung zeigt, dass Themen wie Qualität und Leistung von SubventionsgeberInnen und politisch Verantwortlichen zumeist im Zusammenhang mit der Verteilung von finanziellen Ressourcen entstehen. Vielfach geht es darum, schon Bestehendes in Begriffe und Kategorien zu verpacken,

die die vermeintliche Messbarkeit von Effizienz bringen sollen.

Gefordert wird vielmehr, die Qualität der Dienste in einer ungewohnten Sprache und Form zu beschreiben, die es fachfremden Personen und Institutionen erlaubt, Qualitätsbeschreibungen unterschiedlicher Dienstleister miteinander zu vergleichen.

Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit (Vortragsmanuskript), Marianne Meinhold

Bezogen auf die Situation in Tirol, geht es immer mehr in diese Richtung. Auch wenn es in Bezug auf Leistung und Qualitätssicherung noch keine konkret ausformulierten Auflagen gibt, weisen beispielsweise die Novellierung des Tiroler Grundsicherungsgesetzes, aber auch Aussagen von politischer Seite darauf hin, dass diese möglicherweise nicht mehr in weiter Ferne sind.

Unsere Vermutung ist, wenn Qualitätssicherung aufgrund geringer werdender Gelder als Messinstrument herangezogen wird, es nicht vordergründig um die Erhaltung eines gut ausgebauten sozialen Gefüges, sondern viel mehr um Kontrolle, um die Schaffung von Überwachung und Legitimation geht. Und es geht um Einsparungen. QM soll bewirken, möglichst viel Leistung für möglichst wenig Geld zu produzieren. Das ist in der freien Marktwirtschaft absolut legitim und üblich, aber funktioniert das auch in der sozialen Arbeit von nicht Gewinn anstrebenden Institutionen, die eben weil sie keinen Gewinn anstreben, anderen wirtschaftlichen Regeln unterworfen sind? Wenn das Profit- und Leistungsprinzip der Privatwirtschaft auch auf gemeinnützige Organisationen angewendet wird, würde zum einen damit versucht, Konkurrenz unter sozialen Einrichtungen zu schaffen, die sich äußerst kontraproduktiv auf die Zusammenarbeit, destruktiv auf das soziale Netz und dementsprechend negativ auf die hilfeschuchenden Menschen auswirken

würde. Zum anderen würden in einem Ausleseverfahren – Wer bietet was zu welchem Preis? – politische EntscheidungsträgerInnen, die für die Finanzierung der Projekte verantwortlich sind, gleichzeitig auch die Qualität der Arbeit bewerten. Dass dabei ein Interessenskonflikt zwischen „möglichst wenig Ausgaben“ und „möglichst hoher Qualität“ in der sozialen Arbeit entsteht, ist naheliegend.

Wenn nun die Qualitätssicherung losgelöst von finanzieller Verteilungspolitik betrachtet wird, gibt es durchaus Aspekte, die als gewinnbringend für die Arbeit und somit positiv zu bewerten sind. Den meisten sozialen Einrichtungen ist es ein Anliegen qualitativ gute soziale Arbeit zu leisten und für KlientInnen und MitarbeiterInnen dementsprechend Angebote zu setzen und Strukturen zur Verfügung zu stellen.

Soziale Dienste, die damit beginnen, die Qualität ihrer Arbeit zu beschreiben, bemerken, dass sie nicht bei Null beginnen müssen.

Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit (Vortragsmanuskript), Marianne Meinhold

Dies bewahrheitet sich zumeist in der Realität. Vielfach bekommen Abläufe, die sich im Arbeitsalltag bewährt und als selbstverständlich etabliert haben, die moderne bzw. zeitgemäße Bezeichnung als Qualitätssicherungsinstrument. Dinge, die schon über Jahre hinweg praktiziert werden, erhalten einen Titel. Bezugnehmend auf den ersten Teil dieses Artikels gilt es natürlich immer sich die Frage zu stellen, wozu und wofür diese Zuordnungen gemacht werden. In erster Linie soll sich Qualitätssicherung in der sozialen Arbeit auf die Hilfesuchenden und die im System Tätigen positiv auswirken. Die Folge daraus ist die (Weiter)Entwicklung sowohl auf organisatorischer und struktureller, als auch auf inhaltlicher Ebene. Standards werden entwickelt wie z.B. Vernetzung, Supervision, Fortbildungen, fachliche Ausrichtung.

Schwangerschaftsabbruch – eine nicht enden wollende Debatte oder die Durchsetzung von Recht braucht einen politischen Willen

Der Nationalratsbeschluss am 23. Jänner 1974 zur Frage der Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbrüchen, die in Folge am 1. Jänner 1975 in Kraft trat, war Ergebnis einer langen und emotional sehr kontrovers geführten politischen Auseinandersetzung. Die Umsetzung des Gesetzes führte aber nicht zur Schaffung entsprechender medizinischer Einrichtungen, da darin ausdrücklich festgehalten wurde, „dass medizinisches Personal nicht zur Mitwirkung bei Abtreibungen gezwungen werden durfte“. (Weiber Diwan, S.4) Somit wurde die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu keiner regulären medizinischen Dienstleistung.

Nahezu 30 Jahre später scheint es nach wie vor notwendig zu sein für Abtreibung als ein Selbstbestimmungsrecht von Frauen eintreten zu müssen. Zu heftigen politischen Turbulenzen und medial polarisierend geführten Diskussionen führte die Ankündigung in Salzburg - als ein weiteres Bundesland neben Wien - die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen in öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern einzuführen und somit ein seit Jahren bestehendes Recht auch umzusetzen. Nur wenige gesellschaftspolitische Themen rufen auf breiter Ebene so unterschiedliche Meinungen und Ideologien auf den Plan, die oftmals vergessen lassen, dass es sich hier primär um ein Recht von Frauen handelt, über ihren eigenen Körper autonom bestimmen zu können. Seit April 2005 gibt es nun in Salzburg die Möglichkeit im St. Johannis Spital einen Abbruch durchzuführen. Die bisher gemachten Erfahrungen sind laut einem ersten Halbjahresbericht äußerst positiv. In den ersten sechs Monaten wurden insgesamt 382 Frauen behandelt. 71% der betroffenen Frau-

en kamen aus dem Bundesland Salzburg, Frauen aus dem Bundesland Tirol und Oberösterreich nutzten diese Möglichkeit ebenfalls. Am stärksten vertreten war die Altersgruppe zwischen 20 und 35 Jahren. Von den betroffenen Frauen wird diese Initiative als Signal verstanden, dass sie auch in Krisensituationen ernst genommen und bestmöglich medizinisch behandelt werden, sowie ihren Bedürfnissen entsprechend auch eine psychologische Unterstützung bekommen. Eine ungewollte Schwangerschaft stellt für die meisten Frauen eine Krisensituation individuell unterschiedlichen Ausmaßes dar und die Entscheidung für eine Abtreibung ist keine leichtfertig getroffene. Wir stimmen mit den Erfahrungen von Salzburg überein, dass das Klima des Entscheidungsprozesses zwischen der Feststellung einer Schwangerschaft und der Entscheidung dafür oder dagegen einen bedeutsamen Einfluss auf die spätere Verarbeitung hat. Der Grundsatz einer wertfreien und professionellen Schwangerschaftsberatung steht dabei an oberster Stelle.

Die derzeitige konservative Regierungspolitik in Tirol lässt ein annäherndes Modell, wie das in Salzburg, in weite Ferne rücken. Die Nachfrage in der Tiroler Ärztekammer bezüglich einer offiziellen Stellungnahme, ergab die Antwort: „keine vorhanden“. Gesellschaftspolitische Realitäten und Anliegen von Frauen zu ignorieren ist keine Lösung. Es ist unserer Meinung nach die Pflicht eines Sozialstaates die Enttabuisierung in dieser Thematik voranzutreiben, die bestmögliche medizinische Versorgung zu gewährleisten und Schwangerschaftsabbrüche als eine mögliche Entscheidung anzuerkennen.

Des Weiteren ist wichtig, dass die Entscheidungsgrundlage unabhängig von den Kosten des Eingriffes (Euro 425.- in Salzburg) sein sollte. Besonders für finanziell schwächer gestellte Frauen kann dieser Betrag eine Hürde in ihrer freien Entscheidung darstellen. Wir fordern diesbezüglich eine Möglichkeit der Refundierung dieser Kosten bzw. die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen auf Kosten der Krankenkassen im Rahmen ihrer Versicherungsleistungen. Zudem sollte prinzipiell der Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln besonders für junge Frauen verbessert werden und ein freier Umgang mit Informationen zum Thema Sexualität generell, wie zum Schwangerschaftsabbruch im Besonderen, gewährleistet sein.

Keszleri Beate

Mitarbeiterin des DOWAS für Frauen

Literatur:

An.schläge. Das Feministische Magazin, 12 01/ 2005 2006

Weiber Diwan, Herbst/Winter 2005

Gynmed Ambulanz, Salzburger Landeskliniken, Erfahrungen nach 6 Monaten, 2005

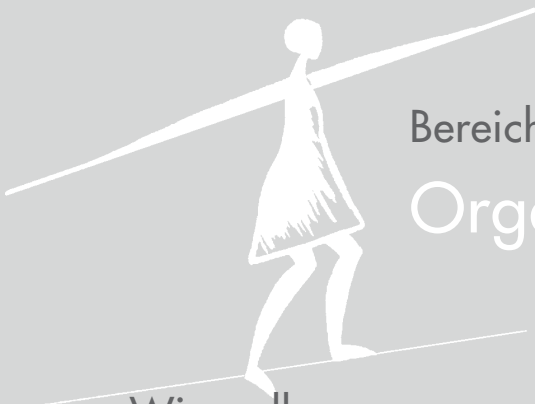


Der Vereins-Vorstand 2004/2005

Bei der Generalversammlung im November 2004 wurden alle Vorstandsmitglieder in ihren Funktionen wieder gewählt: als Obfrau, Frau DSA Jasmine Alge, als Obfrau-Stellvertreterin, Frau Mag. (FH) Katharina Mitterbauer, Frau DSA Karin Bröckl (als Kassierin) und Frau Dr. Margit Mennert (als Kassierstellvertreterin).

Auch die RechnungsprüferInnen wurden nochmals bestätigt: Frau Sandra Busta und Herr MMag. Kapelari.

Ein großes Danke für die unbezahlte und somit ehrenamtliche Ausübung dieser verantwortungsvollen Tätigkeiten und für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen!



Bereichsleitbild für den Fachbereich: Organisation · Struktur · Finanzen

Wir wollen ...

- ▶ den Verein nachhaltig auf finanziell abgesicherter + stabiler Basis halten
- ▶ Mitarbeiterinnen und Klientinnen die Durchführung verschiedener bedürfnisorientierter Projekte ermöglichen
- ▶ Entwicklung der Mitarbeiterinnen fördern + positive Arbeitsbedingungen gewährleisten
- ▶ möglichst eindeutige + transparente Strukturen der einzelnen Arbeitsbereiche + -aufträge, der Organisation, des Vereins bieten
- ▶ für Mitarbeiterinnen bestmöglich Platz für klientinnenbezogene Arbeit schaffen

Dafür bieten wir ...

- ▶ die Zielsetzung mehrjährige Subventionsverträge abzuschließen oder zumindest die Höhe der Einnahmen für das laufende Jahr bis Ende des 1. Quartals gesichert zu haben. Eine Geschäftsführung, die sich um diese Belange kümmert
- ▶ die dafür notwendigen Ressourcen
- ▶ verschiedene Kommunikationswege zwischen einzelnen Mitarbeiterinnen, Teams, Arbeitgeberinnen. Möglichkeit zur Bildungskarenz, Fortbildung, Supervision, Teamsitzungen, Klausuren soweit als möglich in der Arbeitszeit
- ▶ internes + externes Regelwerk, klar verschriftlichte Arbeitsaufträge + Zuständigkeiten, Vereinsorganigramm
- ▶ Geschäftsführung, die sich um Organisation + Strukturen dafür kümmert

Finanzierung 2005

Der Verein DOWAS für Frauen ist ein privater gemeinnütziger Verein, der hauptsächlich über Subventionen und Tagsätze (für die Klientinnen der Wohngemeinschaft) finanziert wird. Einen minimalen Teil unserer Ausgaben finanzieren wir aus zweckgebundenen Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Subventionsgeber

Förderungsinstanzen des laufenden Betriebs der Beratungsstelle mit der ambulanten Beratung und dem Betreuten Wohnen sind die *Tiroler Landesregierung* und die *Stadt Innsbruck*. Die Wohngemeinschaft wird außer von *Land* und *Stadt* auch finanziert durch das *Bundesministerium (BM) für Gesundheit und Frauen*, das *BM für Justiz* und das *BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz*. Die *Tiroler Arbeiterkammer* unterstützt uns ebenfalls.

Bereich Betreutes Wohnen (BEWO)

Für den Arbeitsschwerpunkt „Betreutes Wohnen“ (Verwaltung der Übergangswohnungen, Betreuung der darin wohnenden Frauen und die ambulante Beratung in der Adamgasse) erhält der Verein Subventionen ausschließlich von Land und Stadt. So wie schon in den Vorjahren wurde auch 2005 von den Einrichtungen der ARGE Betreutes Wohnen der Aufteilungsschlüssel 1/3 Stadt und 2/3 Land angestrebt und verhandelt. Mit Erfolg – jedoch erst am Ende des Jahres. Deshalb sah sich der Verein gezwungen, nach dem Prin-

zip einer sorgfältigen finanziellen Planung, Vorsichts- und Notmaßnahmen zu ergreifen. Der Vorstand beschloss daher die Rücklagenbildung für Mietausfälle zu streichen und keine Urlaubs- und Krankenvertretungen anzustellen. Als direkte Folge musste bei Urlaub oder Krankheit einer Mitarbeiterin das Beratungsangebot durch reduzierte Öffnungszeiten eingeschränkt werden.

Den positiven Ausgang der Verhandlungen mit der Stadt Innsbruck, die den Drittelanteil letztendlich übernommen hat, verbuchen wir als großen Erfolg und einen Fortschritt in der Zusammenarbeit.

Einnahmen Betreutes Wohnen inkl. ambulante Beratung 2005:

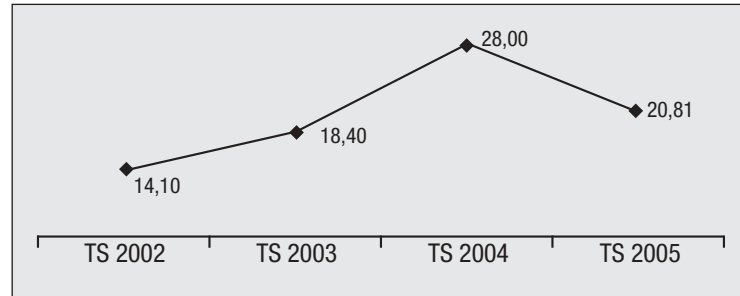
Land Tirol	97.736,04
Stadt Innsbruck	49.246,50
Summe	146.982,54

Somit konnte in der Ertragsübersicht des Jahresabschlusses 2005 dieser Teilbereich fast ohne Verlust abgerechnet werden.

Bereich Wohngemeinschaft

Die Höhe des Tagsatzes ergibt sich aus der Differenz zwischen den budgetierten Jahresausgaben und -einnahmen im Verhältnis zur angenommenen Auslastung der Wohngemeinschaft (80%). Daher gilt: je niedriger die Subventionen, desto höher der Tagsatz. Finanziert wird der Tagsatz aus dem Sozialhilfe-Topf des Landes, an dem sich die Gemeinden zu 1/3 beteiligen. 2005 betrug der Tagsatz € 20,81 pro Nacht pro Person. Die Steigerung innerhalb der letzten Jahre macht die seit 2002 restriktivere Subventionspolitik deutlich:

Tagsatzentwicklung
(Tagsatz = Einnahmen minus Ausgaben geteilt durch mögliche Übernachtungen)



Einnahmen Wohngemeinschaft 2005

Land Tirol	82.000,00
Stadt Innsbruck	40.000,00
BM Ges. und Frauen	35.000,00
BM Justiz	12.000,00
BM soz. Sicherheit	9.000,00
AK Tirol	2.000,00
Tagsätze	
davon € 20.033,41 Eingang 2006	64.445,88
sonstige Einnahmen	4.389,28
Summe	248.835,16

Auch der Bereich der Wohngemeinschaft konnte - trotz der mit dem Tagsatzmodell einhergehenden Probleme - in der Ertragsübersicht des Jahresabschlusses 2005 mit nur geringem Verlust abgerechnet werden.

Sondersubventionen 2005

Für Investitionen und besondere Projekte wurden uns von verschiedenen Stellen zusätzlich zu den bereits angeführten Einnahmen Sondersubventionen bewilligt.

Sondersubvention des BM für Justiz (Elektro)Technische Instandsetzung der Wohngemeinschaft

Durch eine Sondersubvention in der Höhe von € 6.000.- vom BM für Justiz konnten in der Wohngemeinschaft dringend notwendig gewordene Umbaumaßnahmen getätigt werden.

Im Rahmen der Überprüfungspflicht Elektroschutzverordnung 2003 §3 stellte der technische Dienst der AUVA Ende Oktober 2004 gravierende Mängel am elektrotechnischen und baulichen Sektor in der WG fest. Um eine Fortführung des Betriebes zu gewährleisten, wurden diese Mängel von einem Innsbrucker Fachbetrieb im Mai 2005 behoben und gleichzeitig auch die ungenügende Bürobeleuchtung nach den Vorschriften für Computerarbeitsplätze erneuert.

Durch die finanzielle Beteiligung des Hausbesitzers an den elektrotechnischen Investitionen, konnte aus dieser Sondersubvention nicht nur im Büro der Wohngemeinschaft der zu kleine Schreibtisch durch eine größere Arbeitsplatte und die veralteten Aktenordnerregale durch neue, stabilere ausgetauscht werden, sondern auch einzelne Einrichtungsgegenstände in den Zimmern der Klientinnen erneuert werden.

Sondersubvention des JUFF Frauenreferates

von insgesamt € 6.600.-

... für Öffentlichkeitsarbeit

- ▶ Herstellung und Versand des Tätigkeitsberichtes 2004 (auf www.dowas-fuer-frauen.at abrufbar oder auf Anfrage per Post zusendbar).
- ▶ Nachdruck der türkischen und serbokroatischen Informationsfolder des Vereines.
- ▶ Übersetzung der Hausregeln der Wohngemeinschaft in die türkische und serbokroatische Sprache.
- ▶ Die Schaltung eines Inserates mit kurzem redaktionellem Text in der Tiroler Tageszeitung am 23.6.2005.
- ▶ Der Neudruck von Dienstaussweisen zur Vorlage bei Vertretungstätigkeiten vor Behörden.

... für Sommeraktionen für Frauen und Kinder

Wie jedes Jahr veranstalteten die Mitarbeiterinnen des Vereins DOWAS für Frauen ein Sommerfest im Garten der Wohngemeinschaft, das auch 2005 mit einer Sondersubvention des JUFF Frauenreferates finanziert wurde. Die Einladung zum Fest erging an die Frauen, die in der Wohngemeinschaft wohnten, an ehemalige Bewohnerinnen der Wohngemeinschaft und an Frauen aus dem Betreuten Wohnen. Selbstverständlich waren auch die Kinder wieder mit dabei. Fern ab von jeglichen Alltagsproblemen ermöglicht die gelockerte Atmosphäre eines Grill-Sommerfestes, dass die Frauen untereinander den Kontakt aufrechterhalten und gegenseitig Erfahrungen austauschen können. Der Nachmittag stellt ein fröhliches Miteinander von Frauen für Frauen dar, die ein Stück des Weges in einer Krisenzeit gemeinsam gegangen sind. Außerdem wurde im Sommer mit den Kindern gekocht, Schwimmen gegangen und Ausflüge veranstaltet. Solche Ferienunternehmungen können Kindern Gelegenheit bieten die oft belastende Situation während des WG - Aufenthaltes anzusprechen.

... für Kinder-Ferienlager

Siehe Bericht „Sommerferienlager“ auf Seite 33.

Einmalige finanzielle Unterstützung (Spende) von Bgm. Hilde Zach Spende für EDV Investitionen

Im Oktober / November 2005 wurde es durch eine Spende von Frau Bürgermeisterin Hilde Zach über € 1.000.- möglich für die Beratungsstelle einen neuen Computer anzukaufen und gleichzeitig durch die wieder verwertbaren Teile des ersetzten Computers einen anderen aufzurüsten. Außerdem konnte aus dieser einmaligen finanziellen Zuwendung ein TFT Monitor für das Büro in der Wohngemeinschaft angekauft werden und somit der gesundheitliche Aspekt des dortigen Computerarbeitsplatzes verbessert werden.

SpenderInnen und Zuwendungen für Klientinnen

Ein besonderes Dankeschön ergeht an die SpenderInnen, die sowohl aus der Gruppe der Privatpersonen als auch aus der privaten Wirtschaft kommen. Nachdem einige SpenderInnen anonym bleiben wollen, werden hier nicht alle namentlich angeführt. Sämtliche Geld- und Sachspenden wurden direkt und ausschließlich an Klientinnen weitergegeben und flossen nicht in die Einnahmen bzw. Ausgaben für den laufenden wirtschaftlichen Betrieb mit ein, da wir der Überzeugung sind, dass dieser von der öffentlichen Hand und nicht von Privatpersonen finanziell aufrechterhalten werden muss.

Sachspenden wurden uns zur Verfügung gestellt von:

- ▶ Die Firma M-Preis stellte Lebensmittelgutscheine zur Verfügung.

- ▶ Rettet das Kind überließ uns Gutscheine der Firma Inter-spar.
- ▶ Die Tiroler Tageszeitung ließ uns Sachspenden in Form von Lebensmitteln zukommen.
- ▶ Der Alpenzoo überließ uns wie jedes Jahr Jahreseintrittskarten.
- ▶ Die Metropol Lichtspiele und die Wörgler Wasserwelten stellten uns verbilligte Eintrittskarten zur Verfügung.
- ▶ Das Rundgemälde und das Glockenmuseum Grassmayr gewährten uns kostenlosen Eintritt.
- ▶ Besondere Konditionen bekamen wir von den Möbeldhäusern Kika, Ikea und Lutz.
- ▶ Familie Griesser aus Innsbruck überließ uns im Rahmen der Aktion "Freiwillig Beauftragter der Tiroler Kinderheime" Spielzeug, vor allem der Fa. Lego, als Weihnachtsgeschenke für die Kinder unserer Klientinnen.
- ▶ Familie Fuchs aus Innsbruck spendete einen Fernsehapparat.

Organisationen, die Geldspenden über das DOWAS für Frauen an Klientinnen zukommen ließen, sind:

- ▶ Bruderschaft St. Christoph, Adi Werner
- ▶ Stift Wilten, Abt Schreier
- ▶ Katastrophenhilfe österreichischer Frauen, Steck Maria
- ▶ Brotbruderschaft, Bäckerei Ruetz, Christian Ruetz
- ▶ Licht ins Dunkel

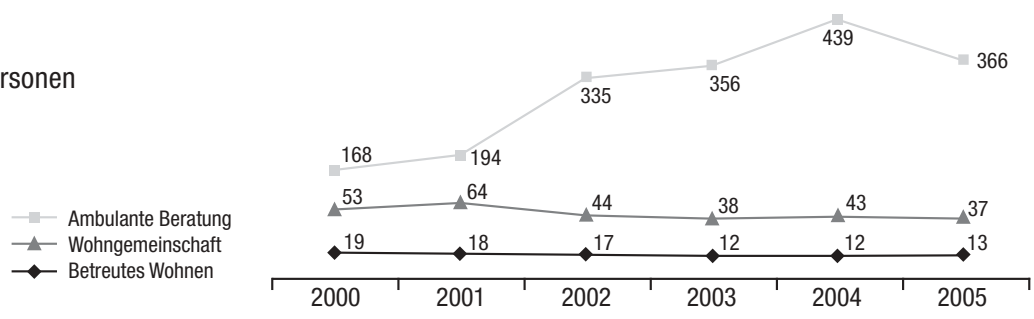
Personen und Abteilungen der öffentlichen Hand, die einmalige finanzielle Unterstützungen an Klientinnen des DOWAS für Frauen gewährt haben, sind:

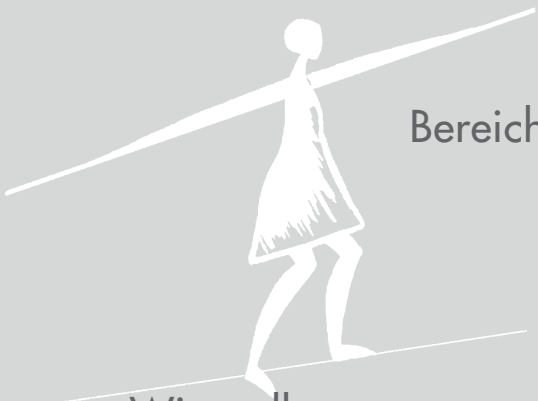
- ▶ Familienhärteausgleich des BM für Soziales Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
- ▶ Tiroler Hilfswerk
- ▶ Sozialhilfe Fonds des Landes Tirol
- ▶ Vizebgm. Ing. Eugen Sprenger



Statistische Daten der betreuten Personen 2005

Anzahl der betreuten Personen





Bereichsleitbild für den Fachbereich: Ambulante Beratung

Wir wollen ...

- ▶ dass alle Frauen unser Angebot in Anspruch nehmen können
- ▶ Frauen bei der Erhaltung bzw. Verbesserung ihrer Lebenssituation unterstützen und ihnen Informationen zugänglich machen
- ▶ Mütter informieren und unterstützen
- ▶ ein möglichst angenehmes Beratungsambiente herstellen
- ▶ auf akute Krisen und Notlagen schnell reagieren zu können
- ▶ multiprofessionell arbeiten
- ▶ Reflexion und Weiterbildung für die Mitarbeiterinnen

Dafür bieten wir ...

- ▶ kostenlose und anonyme Beratung
- ▶ umfassende sozialarbeiterische und psychosoziale Beratung
- ▶ Beratung, die die spezielle Lebenssituation von Frauen und Kindern berücksichtigt und zusätzliche Beratung durch unsere Kinderfachfrau
- ▶ Beratung nach Terminvereinbarung und adäquate Räumlichkeiten
- ▶ Beratung während unserer Öffnungszeiten und nach Vereinbarung auch darüber hinaus
- ▶ fachlich qualifizierte Mitarbeiterinnen
- ▶ Supervision und Fortbildung

Statistische Daten zur Ambulanten Beratung 2005

Ambulante Beratung Leistungsdaten

Insgesamt wurden 366 Frauen (mit oder ohne Kinder) im Jahr 2005 in der Beratungsstelle ambulant beraten. Aufgrund von reduzierten Öffnungszeiten wegen der notwendigen Einsparung von Urlaubs- und Krankenvertretungen konnten 2005 weniger Frauen als 2004, jedoch mehr als in den Jahren vor 2004 beraten werden.

Anzahl und Form der Kontakte mit ambulant beratenen Frauen (2005: n = 3287)

	2005	
telefonische Kontakte mit Frauen	906	27,5%
Kontakte mit Frauen in der Beratungsstelle	954	29,0%
Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen	1411	43%
Hausbesuche bei Frauen	16	0,5%
	3287	100%

Anzahl Kontakte Frau pro Jahr

3287 Kontakte bei insgesamt 366 Frauen ergibt einen durchschnittlichen Kontakteanzahl von 9 Kontakten pro Frau pro Jahr.

Die Aufteilung der Vorjahre - 2/3 der Frauen (2005: 69%) bis zur durchschnittlichen Kontakteanzahl und 1/3 (2005: 31%) mehr als der Durchschnitt - blieb gleich.

Innerhalb der Gruppe der Frauen bis zur durchschnittlichen Kontakteanzahl gab es jedoch starke Verschiebungen: Während 2004 noch 11% der Frauen mehr als 3 und weniger als die durchschnittliche Kontakteanzahl aufwiesen, ist dieser Wert 2005 auf mehr als das Doppelte angestiegen (28%). Dies bestätigt unsere Erfahrung der immer komplexer werdenden Notlagen und die dementsprechend intensivere Beratungs- und Betreuungsnotwendigkeit.

Ambulante Beratung Leistungsdaten

Gliederung Anzahl der Kontakte mit Ämtern, Instit., Personen

(2005: n = 1411; Mehrfachnennungen)

	2005	
	Anzahl	Anteil
Einrichtungen für einmalige finanzielle Unterstützung + caritative Einrichtungen (Stift Wilten, Tiroler Hilfswerk, Tiroler Sozialhilfe Fonds, Bruderschaft St. Christoph, Brotbruderschaft Ruetz u.a.)	510	36%
Sozialamt	203	14%
AMS	34	2%
Arbeiterkammer, Arbeitsstelle, -geberIn, TGKK	50	4%
Rechtsanwalt (Scheidungsberatung u.a.)	24	2%
Polizei	16	1%
Gericht	13	1%
Staatsbürgerschaftsstelle, Passamt, Einwohnermeldeamt	22	2%
Jugendamt, Kindergarten, -heim, Schule, Pflegefamilie	52	4%
Mietzinsbeihilfenstelle	14	1%
Mieterschutzverband, Mietervereinigung, Immo-büro, Hausverwaltung, Gebäudeverwaltung, VermieterIn	128	9%
Wohnungsamt	30	2%
andere soziale Einrichtung (WAMS, Schuldnerberatung, Frauenhaus, Chill Out, eigene Einrichtung ...)	126	9%
sonstige / Amt / Institution (IKAG, TILAK, Bank, Finanzamt, Gesundheitsamt, Arzt, Versicherung,)	189	13%
	1411	100%

Inhalte der Beratungstätigkeit

(2005: n = 3287; Mehrfachnennungen)

	2005	
Wohnen		
akute Wohnungslosigkeit	234	7%
drohende Wohnungslosigkeit	146	4%
Wohnorganisation	1119	34%
Finanzielles		
Sozialhilfebelange	1003	31%
finanzielle / existenzielle Belange	1921	58%
rechtliche oder Rechtsberatung	24	1%
Arbeit		
Arbeitslosigkeit, -platzsuche, -platzprobleme	434	13%
Arbeitsplatz allgemein	240	7%
Kinder Belange		
Kindererziehung	387	12%
Kinder rechtl. u. finanzielles	599	18%
soziales Umfeld / Beziehungen		
Partner/in	454	14%
Familie, FreundIn, Bekannte	312	9%
Lebensalltag, soz. Umfeld allgemein	810	25%
Gesundheit		
Gesundheit physisch	526	16%
Gesundheit psychisch	547	17%
Beschäftig.+Aufenthalt v. Migrantinnen	186	6%
Erfahrungen mit Gewalt		
psychische Gewalt	211	6%
physische Gewalt	81	2%
strukturelle Gewalt	304	9%

Der Hauptinhalt der Beratungen befasste sich mit der **finanziellen/existenziellen Situation** von Frauen. Da auch die Sozialhilfe trotz ihrer Funktion des letzten unterstützenden Elements im Subsidiaritätsprinzip, sich zunehmend aus der finanziellen Verantwortung nimmt, sind viele Frauen auf einmalige finanzielle Unterstützungen von Fonds oder Spendenstellen angewiesen. Hinzu kommt, dass viele Frauen knapp über den Richtsätzen liegen und dann kein Anspruch besteht.

Ambulante Beratung Sozialdaten

Alter der Frauen (2005: n = 366)

	2005	
unter 25	67	18%
25 - 29	65	18%
30 - 39	92	25%
40 - 49	68	19%
über 50	29	8%
unbekannt	45	12%
	366	100%

Familienstand

	2005	
ledig	126	34%
geschieden	74	20%
verheiratet	82	22%
getrennt lebend	30	8%
Lebensgemeinschaft	18	5%
verwitwetet	14	4%
unbekannt	22	6%
	366	100%

Staatsangehörigkeit

	2005	
Österreich	234	64%
Serbien, Kroatien, Bosnien, Slowenien	36	10%
Rumänien, Bulgarien, Albanien, Russland, Tschechien, Ukraine, Tschetschenien, Ungarn, Polen	13	4%
Türkei	29	8%
BRD, Schweiz, Belgien, GB	16	4%
Italien (inkl. Südtirol)	3	1%
Iran (Persien), Armenien, Afghanistan, Georgien	6	2%
Nigeria, Kongo, Freetown, Ghana, Sierra Leone, Togo	7	2%
andere Länder (z.B. GB, Indien, Finnland, Lettland, Thailand, Brasilien, Philippinen, Argentinien, Kuba, Venezuela)	7	2%
unbekannt	15	4%
	366	100%



Frauen und Kinder

	2005	
mit Kindern	254	69%
ohne Kinder	89	24%
unbekannt	23	6%
	366	100%

Kinderanzahl (2005: n = 254)

	2005	
unbekannt	4	1%
1 Kind	88	24%
2 Kinder	92	25%
3 Kinder	42	11%
4 Kinder	21	6%
5 Kinder	7	2%
	254	69%

Schwangerschaften

	2005	
ja	35	10%
nein	227	62%
unbekannt	104	28%
	366	100%

Ambulante Beratung Sozialdaten

Vermittelnde Stellen

	2005	
Bekannte/Verwandte	105	29%
Medien / PR / Inserate	40	11%
and. soz. Einrichtgen (DOWAS Bruneckerstr., Caritas, AusländerInnenberatung, Frauenhaus, ...)	72	20%
eigene Stelle / eigene Einrichtung	96	26%
Ämter, Institutionen (Klinik, Soz.amt, Jugendamt, AMS, Gemeinde-, Whgsamt, Land, Stadt, ...)	24	7%
sonstige (Ärztin, Rechtsanwalt, Volksanwalt...)	7	2%
unbekannt	22	6%
	366	100%



Ausbildung/Beruflicher Status zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang

	2005	
ohne Ausbildung	189	52%
abgeschlossene Ausbildung	42	11%
Akademikerin (abgeschlossenes Studium)	7	2%
Facharbeiterin (Lehre)	22	6%
Schülerin/Lehrling	2	0,5%
Stud./Maturantin	5	1%
unbekannt	99	27%
	366	100%

Hauptwohnsitz zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang

2005		
Bekannter Hauptwohnsitz:		
Stadt Innsbruck (n = 322)	216	67%
Land Tirol ohne Innsbruck (n = 322)	104	32%
Ausland (n = 322)	2	1%
	322	
ohne Hauptwohnsitz (n = 366)	36	10%
unbekannt (n = 366)	8	2%
	366	

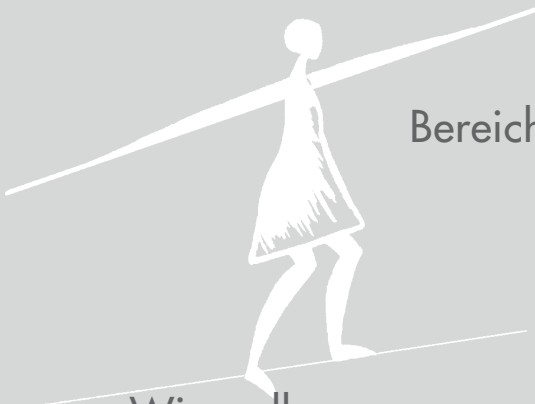
Von der Anzahl der Frauen mit (bekanntem) Hauptwohnsitz (322 Frauen) sind 67% in der Stadt Innsbruck gemeldet. Die Anzahl der Frauen **ohne Hauptwohnsitz** hat sich im Vergleich zu 2004 **verdoppelt**. Dies führen wir auf die akute und verdeckte Wohnungslosigkeit, die 2005 auch einen wesentlichen Beratungsinhalt darstellte, zurück.

Wohnsituation zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang

2005		
eigene Hauptmiete	136	37%
Gemeinde-, Stadtwohnung	59	16%
Bekannte / Freunde	37	10%
Eltern, Kinder, Verwandte	39	11%
keine Unterkunft	18	5%
Partner	30	8%
eigene Untermiete / Zimmer	9	2%
and. soz. Einrichtg (Chill out, Frauenhaus ...)	1	0,3%
Gefangenenhaus	1	0,3%
Flüchtlingsheim	7	2%
Studentenheim, Ferienwohnung, Dienstzimmer	1	0,3%
Notunterkunft (Städt. Herberge, Stift, Kloster, ...)	8	2%
Psychiatrie / Therapieeinrichtung / Klinik	3	1%
Eigentum mit/ohne Partner	7	2%
unbekannt	10	3%
	366	100%

Einkommenssituation zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme / Jahresanfang (2005: n = 366; Mehrfachnennungen)

2005		
Arbeitseinkommen	97	27%
Arbeitslosengeld	35	10%
Notstandshilfe	27	7%
Karenzgeld, Kindergeld, Erziehungszusch., Wochengeld	39	11%
Krankengeld, Pflegegeld, REHA	13	4%
Pension, Pensionsvorschuss	45	12%
Unterhalt	9	2%
Unterhalt Kinder	82	22%
Familienbeihilfe	156	43%
Sozialhilfe	76	21%
Mietzinsbeihilfe	95	26%
Sonstiges (Stipendium, Kinderbetreuungs- beihilfe, Waisenrente ...)	4	1%
kein gesicherter Lebensunterhalt	46	13%
Einkommen d. Partners od. Familienmitglied	58	16%
unbekannt	27	7%



Bereichsleitbild für den Fachbereich: Betreutes Wohnen

Wir wollen ...

- ▶ für wohnungslose Frauen mit und ohne Kinder ein längerfristiges, wenn auch zeitlich begrenztes Angebot setzen
- ▶ die Rahmenbedingungen des Betreuten Wohnens klar benennen
- ▶ Frauen und ihre Kinder bei der Verbesserung ihrer Lebenssituation unterstützen
- ▶ Frauen in ihrem Wohnalltag unterstützen
- ▶ dass Frauen und ihre Kinder im Anschluss an das Betreute Wohnen gesicherten und finanzierbaren Wohnraum beziehen

Dafür bieten wir ...

- ▶ Betreutes Wohnen
- ▶ einen Mietvertrag, sowie einen Betreuungsvertrag mit jeweils klar definierten Rechten und Pflichten
- ▶ umfassende sozialarbeiterische und psychosoziale Betreuung
- ▶ uns als Vermittlerin zwischen Hausverwaltung, VermieterIn und evtl. Nachbarn einerseits und der Bewohnerin andererseits an
- ▶ Unterstützung der Frauen bei ihrer Ablöse vom Betreuten Wohnen in ein eigenständiges Hauptmietverhältnis

Statistische Daten zum Betreuten Wohnen 2005

Betreutes Wohnen – Leistungsdaten

Insgesamt wurden 13 Frauen und 9 Kinder (exklusive der volljährigen oder fremduntergebrachten Kinder) in insges. 11 verschiedenen Übergangswohnungen im Jahr 2005 betreut. 5 Frauen sind aus betreuten Wohnungen ausgezogen und 5 Frauen sind neu eingezogen. 3 Wohnungen wurden aufgelassen, 1 Wohnung neu angemietet. 9 Frauen hatten Kinder, 4 Frauen waren kinderlos.

Anzahl und Form der Kontakte mit Frauen in Übergangswohnungen (2005: n = 693)

	2005	
	Anzahl	Anteil
Telefonisch	244	35%
In der Beratungsstelle	109	16%
Hausbesuche	61	9%
Kontakte mit Ämtern, Institutionen, Personen	279	40%
Summe	693	100%

Gliederung Anzahl der Kontakte mit Ämtern, Instit., Personen

(2005: n = 279)

	2005	
	Anzahl	Anteil
AMS	6	2%
Jugendamt, Kiga, Schule	2	1%
Mietzinsbeihilfenstelle	3	1%
Mieterschutzverband, VermieterIn, Hausverw.	83	30%
Polizei	1	0,5%
Sozialamt	79	28%
Wohnungsamt	5	1,5%
Staatsbürgerschaftsstelle, Passamt, Einwohnermeldeamt	3	1%
caritative Einrichtung (Stift Wilten, Tiroler Hilfswerk, u.ä.)	21	8%
andere soziale Einrichtung (WAMS, Schuldnerberatung, ...)	6	2%
andere Person/Amt/Institution (PVA, Klinik, Arzt, Hausmeister, IKB, Rechtsanwalt, Landhaus, SachwalterIn, Finanzamt)	70	25%
Summe	279	100%

Betreutes Wohnen Leistungsdaten

Inhalte der Beratungstätigkeit

(2005: n = 693; Mehrfachnennungen)

	2005	
Wohnen		
drohende Wohnungslosigkeit	24	3%
Wohnorganisation	657	95%
Finanzielles		
Sozialhilfebelange	328	47%
finanzielle/existenzielle Schwierigkeiten	440	63%
rechtliche oder Rechtsberatung	3	0,5%
Arbeit		
Arbeitslosigkeit, -platzsuche, -platzprobleme	144	21%
Arbeitsplatz allgemein	52	8%
Kinder Belange		
Kindererziehung	64	9%
Kinder rechtl. u. finanzielles	136	20%
soziales Umfeld / Beziehungen		
Partner	160	23%
Familie, FreundIn, Bekannte	187	27%
Lebensalltag, soz. Umfeld allgemein	350	51%
Gesundheit		
Gesundheit physisch	296	43%
Gesundheit psychisch	273	39%
Beschäftigt.+Aufenthalt v. Migrantinnen	52	8%
Erfahrungen mit Gewalt		
psychische Gewalt	29	4%
physische Gewalt	19	3%
strukturelle Gewalt	81	12%

Wohnorganisation war der Hauptinhalt der Betreuung, da 2005 verhältnismäßig viele Ein- und Auszüge aus dem BEWO stattfanden. Wie schon im Vorjahr ist auch der Bereich **Finanzielles** eines der Hauptthemen. Während das Thema **Gesundheit** 2004 noch 46% der Beratungen ausmachte, stieg diese Zahl 2005 auf 82% an.

Betreutes Wohnen Sozialdaten

Alter der Frauen (2005: n = 13)

	2005	
unter 25	4	31%
25 - 29	2	15%
30 - 39	3	23%
40 - 49	2	15%
über 50	2	15%
	13	100%

Staatsangehörigkeit

	2005	
Österreich	9	69%
Türkei	1	8%
Serbien	1	8%
Kroatien	1	8%
Thailand	1	8%
	13	100%

Ausbildung/Beruflicher Status

	2005	
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	10	77%
Facharbeiterin (Lehre)	1	8%
Schülerin / Lehrling	2	15%
	13	100%

Einkommenssituation zum Jahresende bzw. bei Auszug

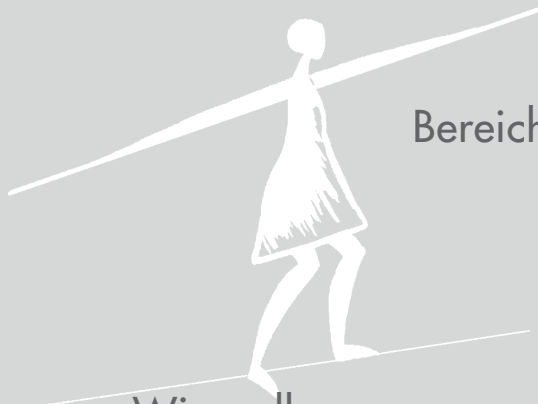
(2005: n = 13; Mehrfachnennungen)

	2005	
Arbeitseinkommen	3	23%
Notstandshilfe	3	23%
Unterhalt für Kinder	5	38%
Unterhalt für sich selbst	2	15%
Pension	4	31%
Sozialhilfe	6	46%
Familienbeihilfe	7	54%
Krankengeld	1	8%
Mietzinsbeihilfe	12	92%
Arbeitslosengeld	1	8%

Der Hauptwohnsitz für die 13 betreuten Frauen war **vor Einzug** in das Betreute Wohnen bei 12 Frauen **Innsbruck Stadt** und bei einer Frau Land Tirol (ohne Innsbruck).

Wohnsituation nach Auszug (2005: n = 5 Frauen ausgezogen)

	2005	
Stadt / Gemeindefwohnung	1	20%
eigene Wohnung privater Markt	3	60%
Betreute Wohnung als Hauptmieterin übernommen	1	20%
	5	100%



Bereichsleitbild für den Fachbereich: Kinder

Wir wollen ...

- ▶ Kinder als Individuen wahrnehmen
- ▶ Anliegen der Kinder sehen und sichtbar machen
- ▶ Kinderrechte einfordern
- ▶ Kinderarmut bekämpfen
- ▶ Geschlechtsspezifisch arbeiten
- ▶ Vertrauensvolle Umgebung und Schutz bieten
- ▶ Kontinuierliche Betreuung und Begleitung anbieten
- ▶ Kindern Raum zum Spielen geben
- ▶ Unterstützung anbieten, um für Kinder soziale Netze aufzubauen und zu erhalten
- ▶ Möglichkeit für Spiel, Spaß und Leichtigkeit abseits des Alltags bieten

Dafür bieten wir ...

- ▶ eine Kinderfachfrau, einen Kinderfachmann und alle anderen Mitarbeiterinnen
- ▶ Mitarbeiterinnen, die einen focussierten Blick auf Kinder gewährleisten
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung
- ▶ Beratung für Frauen zu Unterstützungsangeboten und Existenzsicherung
- ▶ Auseinandersetzen mit Rollenbildern
- ▶ Parteilich für die Kinder eintreten
- ▶ Regelmäßige Kontakte mit gleichbleibenden Bezugspersonen, Nachbetreuung nach Möglichkeit
- ▶ Garten, Kinderzimmer, Spielzeug, Freizeitgestaltung
- ▶ Beratung und Unterstützung für Mütter und Betreuung der Kinder
- ▶ Ferienlager und Feste

Ferienlager 2005



Seit einigen Jahren stellt die Durchführung einer Ferienaktion für Kinder von Klientinnen einen der Höhepunkte im Fachbereich „Kinder“ des DOWAS für Frauen dar. Auch im Jahr 2005 wurde dies durch eine Sondersubvention des JUFF Frauenreferat, ermöglicht.

Erstmals fand diese Aktion im Ausland statt, nämlich in Terlago in der Nähe von Trient, Italien. Diese Ferienlagerwoche wurde bewusst in 2 Altersgruppen aufgeteilt, die ersten Tage mit Kindern ab 11 Jahren, der zweite Teil der Woche zusätzlich mit jüngeren.

Von 10.-13. Juli nahmen 4 Mädchen im Alter von 11 bis 16 Jahren daran teil. Betreut wurden sie von der Kinderfachfrau des DOWAS für Frauen, die alle Mädchen bereits kannte. Auch die Kinder waren durch frühere gemeinsame Ferienlager größtenteils bereits miteinander bekannt, was ausschlaggebend für eine intensive, gut funktionierende Gruppendynamik war. Die Mädchen bewohnten einen Bungalow am Campingplatz in Monte Terlago, die Betreuerin übernachtete in einem Zelt nahe des Bungalows. Strukturierung und Planung des Tagesgeschehens oblagen fast ausschließlich den Mädchen selbst, auch in die Einteilung des vorhandenen Budgets wurden sie miteingeschlossen. Der größte Teil der Zeit wurde am nahegelegenen See – dem Lago di Lamar – verbracht, aber auch einige Ausflüge, z.B. nach Trento, Arco und an den Gardasee konnten unternommen werden.

Am 13. Juli kamen zu diesen 4 Mädchen noch 3 jüngere (5-10 Jahre) und eine weitere Betreuerin des DOWAS für Frauen dazu. Für alle war es eine große Herausforderung diese neue Gruppenzusammensetzung zu meistern. Der bereits eingespielte Rhythmus der älteren Mädchen musste aus

Rücksicht auf die Jüngeren aufgegeben werden, diese hingegen mussten sich sehr schnell ihre Plätze in der Gruppe sichern.

Dass bei den größeren Kindern ausschließlich Mädchen teilnehmen würden, war schon bei der Anmeldung klar, dass auch im 2. Turnus keine Buben dabei waren, ergab sich zufällig durch die kurzfristige Absage von 3 angemeldeten Jungen.

Ein Teil der Kinder übernachtete weiterhin im Bungalow, in dem auch für alle gekocht werden konnte, die anderen bewohnten gemeinsam mit den Betreuerinnen Zelte.

In diesem 2. Teil des Ferienlagers wurde das Programm weitgehend von den Betreuerinnen bestimmt, trotzdem wurde versucht, den Kindern möglichst viel Raum und Zeit für ihre individuellen Bedürfnisse und Wünsche zu geben. Viel Zeit verbrachten die Kinder am Campingplatz selbst mit Lesen, Spielen und Basteln. Auch der vorhandene Swimmingpool wurde ausgiebigst genutzt. Für die Kinder stellte der Besuch des Gardalandes am vorletzten Tag eindeutig den Höhepunkt der Ferienaktion dar.

Kindern die Möglichkeit zu Spiel, Spaß und einer gewissen Leichtigkeit abseits des oftmals für sie belasteten Alltages bieten zu können, ist ein wesentliches Anliegen im Fachbereich Kinder. Vor allem die Ferienlager tragen dazu bei, diesen Teil realisieren zu können. Sichtbar wird dies auch dadurch, dass einige Kinder jedes Jahr wieder an dieser Aktion teilnehmen (wollen).



Bereichsleitbild für den Fachbereich: Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Wir wollen ...

- ▶ Wohn · Raum geben für Frauen und Frauen mit ihren Kindern
- ▶ Frauen ihre Ressourcen sichtbar und nutzbar machen
- ▶ mit Frauen ihre Rechte durchsetzen
- ▶ positives Wohnklima und soziales Lernen der Bewohnerinnen fördern und fordern
- ▶ eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Frauen (und ihrer Kinder) für die Zukunft
- ▶ Kindern als eigenen Persönlichkeiten mit ihren Bedürfnissen entgegenkommen
- ▶ Müttern, Raum zur Reflexion über ihre Kinder bereitstellen
- ▶ Austausch und Konzeptarbeit in Tag + Nachtteam unter Einbeziehung der unterschiedlichen professionellen Blickwinkeln der Mitarbeiterinnen

Dafür bieten wir ...

- ▶ Zimmer in einer Wohngemeinschaft (für 12 Personen) individuelle Gespräche, Gruppengespräche und Projektangebote
- ▶ Betreuung, Unterstützung bei der Existenzsicherung (Wohnung, Arbeit, Kinderbetreuung,...)
- ▶ Begleitung, Vermittlung zu anderen Hilfseinrichtungen, Behörden
- ▶ gemeinsame Freizeitgestaltung, Hausversammlungen, Gruppengespräche, Konfliktregelung
- ▶ Raum, Zeit, Reflexion um eigene Bedürfnisse klarer zu erkennen, das Festlegen von individuellen Betreuungszielen und das Arbeiten anderen Umsetzung
- ▶ eine eigene Kinderfachfrau und männl. Kinderbetreuer, speziell auf Kinderbedürfnisse ausgerichtete Gespräche und Unternehmungen
- ▶ Gespräche, in denen Mütter als Expertinnen gestärkt werden
- ▶ Teamsitzungen, Supervision, Klausuren, Fortbildungen für Mitarbeiterinnen; Möglichkeit zu Projektarbeiten



Bereichsleitbild für den Fachbereich: Nachtdienst Wohngemeinschaft

Wir wollen ...

- ▶ individuelle Betreuung der Bewohnerinnen
- ▶ den Bewohnerinnen auch Zeit für Träume und Wünsche geben, weg vom Alltag
- ▶ Gewaltfreiheit
einen Schutzraum für Frauen und Kinder
- ▶ Kreativität fördern
- ▶ Alltägliche Probleme ernst nehmen
- ▶ Frauen in ihrer Gesamtheit wahrnehmen (d.h. mit ihren Stärken und Schwächen und ihrer gegenwärtigen Verfassung); Selbstbewusstsein stärken
- ▶ adäquate Wohnungen und Arbeit mit den Bewohnerinnen suchen
- ▶ ein funktionierendes Zusammenleben in der WG
- ▶ Frau sein stärken

Dafür bieten wir ...

- ▶ fachliche und soziale Kompetenz; regelmäßige Teamsitzungen
- ▶ gemeinsame Abendgestaltung (Spiele, Kino, Unterhaltung, ...)
- ▶ Aufzeigen gewaltfreier Umgangsformen in Sprache und Handlungen und aktives Auffordern dazu; Streit schlichten; größtmöglichen Schutz im Haus
- ▶ Motivation und Angebot zu kreativen Gestaltungsmöglichkeiten
- ▶ Möglichkeit zum offenen Gespräch, direkte Auseinandersetzung mit den Themen der einzelnen Bewohnerinnen
- ▶ Aufmerksamkeit, Respekt/Achtung und Zeit
- ▶ Ermutigung und Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche z.B. im Internet, Beratung und Assistenz bei der Führung von Telefonaten
- ▶ Förderung einer angenehmen Wohnatmosphäre, Intervention bei Konflikten
- ▶ Gespräch, Auseinandersetzung über verschiedene Frauenbilder

Statistische Daten der Wohngemeinschaft 2005

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft Leistungsdaten

Obwohl die **Anzahl der Personen** 2005 im Vergleich zu 2004 von 43 auf 37 **gesunken ist**, sind die **Übernachtungen gestiegen** (2004: 2905 Übernachtungen, 2005: 3020 Übernachtungen). Diese durchschnittlich längere Aufenthaltsdauer (im Vergleich zu 2004 um 14 Tage länger) kann u.a. auf den angespannteren Wohnungsmarkt zurück geführt werden.

Die Auslastung bei 12 zur Verfügung stehenden Plätzen ergeben im Jahr 2005 4.380 mögliche Übernachtungen. Das ergibt eine Auslastung von 69%. Das ist eine leichte Steigerung gegenüber 2004.

So wie schon 2004 mussten auch 2005 größere Zimmer und zusätzliche Betten für Frauen „reserviert“ werden, deren nicht in der WG untergebrachte Kinder am Wochenende oder auch mehrere Tage bis zu einer Woche durchgehend zu Besuch kamen. Die Kosten für die Unterbringung dieser „Besuchs-Personen“ werden nicht in die Tagsatzabrechnungen und Auslastungsberechnungen inkludiert. 2005 waren 5 Kinder (von insgesamt 15 fremduntergebrachten Kindern) und 1 Erwachsene „Besuchs-Personen“. Deswegen konnte u.a. die zur Kostendeckung erforderliche Auslastung von 80% nicht erreicht werden.

Anzahl der Frauen (2005: n = 13)

	2005
Anzahl der Frauen	22
Anzahl der Kinder	15
Insgesamt	37*

* inkl. eine Frau zweimal ein- und ausgezogen

Anzahl der Nächtigungen

	2005
Jänner	214
Februar	163
März	210
April	264
Mai	295
Juni	281
Juli	348
August	313
September	215
Oktober	228
November	240
Dezember	249
Summe	3020
Durchschnittliche Nächtigungszahl pro Monat	252
Durchschnittliche Nächtigungszahl pro Tag	8
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Person (37 Personen)	82

Leistungsdaten zu NICHT eingezogenen Frauen

2005 mussten 42 Frauen bereits bei der telefonischen Anfrage auf einer Warteliste aufgenommen werden, da zu dem Zeitpunkt jeweils die WG voll belegt war. Bei Freiwerden eines Platzes wurden diese Frauen kontaktiert und bei noch bestehenden Bedarf ein Aufnahmegespräch terminisiert.

Von 40 Klientinnen 2005, für die ein Termin für ein Aufnahmegespräch fixiert wurde, sind 33 nicht in die WG eingezogen oder nicht zum Aufnahmegespräch erschienen.

Den 7 restlichen Frauen musste abgesagt werden. Der häufigste Grund dafür war: wegen akuter psychischer Probleme nicht in die Zielgruppe passend.

Inklusive der 16 Frauen, die 2005 eingezogen sind, wurden insgesamt 56 Aufnahmegespräche geführt oder/und vereinbart, für die jeweils 2 Mitarbeiterinnen bis zu 1 Stunde Arbeitszeit freigehalten bzw. verwendet haben.

**Sozialpädagogische Wohngemeinschaft
Sozialdaten**

So wie auch in den Vorjahren sind **Eltern- und Partnerkonflikte** anteilmäßig am häufigsten als Einzugsgrund angegeben. Wir führen dies auf den hohen Anteil an jungen Frauen zurück, die durch Beziehungsprobleme und Abhängigkeitsverhältnisse leicht in eine existenzielle Notlage geraten.

Anlässe für den Einzug in die Wohngemeinschaft

(2005: n = 16; Frauen die mit 1.1.d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2005	
Konflikte/Trennung vom Partner	8	50%
Wohnungslosigkeit durch Kündigung/Delegierung	3	19%
Konflikte mit Eltern/Verwandten	3	19%
Aufenthalt in anderer Einrichtung abgelaufen	2	13%
	16	100%

Vermittelnde Stellen

(2005: n = 16; Frauen die mit 1.1.d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2005	
Andere soziale Einrichtungen, Vereine	8	50%
Verwandte/Bekannte	2	13%
Jugendamt	2	13%
DOWAS für Frauen schon bekannt	1	6%
eigene Einrichtung	3	19%
	16	100%

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft Sozialdaten

Ausbildung/Beruflicher Status (2005: n = 22)

	2005	
Ohne Berufsausbildung	15	68%
Abgeschlossene Berufsausbildung	7	32%
	22	100%

Hauptwohnsitz der Frauen beim Einzug in die Wohngemeinschaft

(2005: n = 16; Frauen die mit 1.1.d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2005	
Innsbruck Stadt	11	69%
Land Tirol ohne Innsbruck	4	25%
Anderes Bundesland	1	6%
	16	100%

Alter der Frauen (2005: n = 22)

	2005	
bis 25 Jahre	9	41%
25-29 Jahre	3	14%
30-39 Jahre	7	32%
40-49 Jahre	3	14%
	22	100%

So wie in den Vorjahren ist der größte Anteil der Klientinnen **unter 25 Jahren**.

Daten zu den Kindern:

Von den insgesamt 15 Kindern in der WG sind 2 während des Aufenthaltes in der WG geboren und 13 mit den Müttern eingezogen. Fremduntergebracht waren 15 minderjährige Kinder. Von den 22 Frauen hatten 9 Kinder.

Alter der Kinder (2005: n = 15)

	2005	
0-1 Jahre	4	27%
1-2 Jahre	1	6,5%
2-3 Jahre	2	13%
4-6 Jahre	3	20%
7-10 Jahre	1	6,5%
11-14 Jahre	4	27%
	15	100%

2005 wurden 2 Kinder während des Aufenthaltes der Mutter in der WG geboren. Während 2004 noch die Hälfte aller Kinder unter 1 Jahr alt waren, ist die **Altersstruktur 2005** wesentlich **breiter gestreut**. Dies erforderte ein wesentlich umfangreicheres Angebot, um auf die unterschiedlichen altersgerechten Bedürfnisse einzugehen.

Auch 2005 bestätigt sich: abgeschlossene **Ausbildung** und **Arbeitseinkommen** schützen nicht mehr vor einer Notlage, die einen Aufenthalt in einer Wohnungsloseneinrichtung erforderlich macht. Die steigende Armut greift weiter auf „verdienende Schichten“ über.

Einkommenssituation beim Einzug in die Wohngemeinschaft

(2005: n = 16; Frauen die mit 1.1.d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt; Mehrfachnennungen)

	2005	
Kein gesicherter Lebensunterhalt	1	6%
Krankengeld, Notstandshilfe, Arbeitslosengeld	4	25%
Wochenhilfe, Kinderbetreuungsgeld	4	25%
Sozialhilfe	6	38%
Unterhalt für Kinder	3	19%
Familienbeihilfe	8	50%
Pension	2	13%
Arbeitseinkommen	3	19%

Einkommenssituation beim Auszug aus der Wohngemeinschaft

(2005: n = 19, da 3 Frauen über Jahreswechsel nach 06 in der Wohngemeinschaft lebten; Mehrfachnennungen)

	2005	
Kein gesicherter Lebensunterhalt	1	5%
Krankengeld, Notstandshilfe, Arbeitslosengeld	7	37%
Wochenhilfe, Kinderbetreuungsgeld	2	11%
Sozialhilfe	8	42%
Unterhalt für Kinder	2	11%
Familienbeihilfe	8	42%
Pension	2	11%
Arbeitseinkommen	5	26%

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft Sozialdaten

Der Hauptanteil der Klientinnen lebte vor dem Einzug in die WG **beim Partner**. Das bestätigt den Hauptgrund des Einzuges „Konflikte mit Partner / Eltern“. Am 2.häufigsten ist der Anteil von Frauen, die ihre Wohnung vom **privaten Wohnungsmarkt** in ihrer Notlage nicht mehr finanzieren konnten. 2004 lag der Anteil dieser Frauen noch bei 9%. Das ist eine mehr als 100%ige Steigerung!

Wohnsituation vor dem Einzug in die Wohngemeinschaft

(2005: n = 16; Frauen die mit 1.1.d.J. schon in der Wohngemeinschaft lebten sind hier nicht angeführt)

	2005	
	Anzahl	Anteil
eigene Hauptmiete privater Whgs-Markt	3	19%
Ohne Unterkunft	2	13%
Andere soziale Einrichtung (Frauenhaus u.ä.)	2	13%
Eltern/Verwandte	2	13%
Partner	5	31%
Notunterkunft	2	13%
	16	100%

Wohnsituation beim Auszug aus der Wohngemeinschaft

(2005: n = 19, da 3 Frauen über Jahreswechsel nach 06 in der Wohngemeinschaft lebten)

	2005	
	Anzahl	Anteil
FreundIn/Bekannte	2	11%
eigene Hauptmiete privater Whgs-Markt	8	42%
Untermiete/Zimmer	1	5%
Eltern/Verwandte	2	11%
Partner	2	11%
Notunterkunft	1	5%
Betreutes Wohnen DOWAS für Frauen (eigene Einrichtung)	2	11%
unbekannt	1	5%
	19	100%

Durch die Stabilisierung der Einkommens- und Lebenssituation während des Aufenthaltes in der WG, konnte fast die Hälfte der Klientinnen am **privaten Wohnungsmarkt** wieder Fuß fassen (2004: 38%). Allerdings wurden dazu längere Aufenthaltszeiten benötigt als 2004.

Impressum: Für den Inhalt verantwortlich: Verein DOWAS für Frauen, Adamgasse 4, 6020 Innsbruck.
Layout: Heinz Hanuschka · Fotos: Archiv, www.photocase.com · Druck: Swerak Druck, Innsbruck
Innsbruck, März 2006

www.dowas-fuer-frauen.at



Beratungsstelle

Adamgasse 4/II · A-6020 Innsbruck
Tel. 0 512 - 56 24 77 · Fax 0 512 - 56 24 77-7
buero@dowas-fuer-frauen.at

Sozialpädagogische Wohngemeinschaft

Dr. Stumpf-Strasse 118 · A-6020 Innsbruck
Tel. 0 512 - 29 54 98 · Fax 0 512 - 29 54 98-4
wg@dowas-fuer-frauen.at



„Hilfe wird zum Luxus“
Die Kinder-Sozialvereine streiten auf Gabelstapeln über die Zustände im Bundesland und in der Hauptstadt Wien.
„Einmal, wenn man die Gabelstapeln sieht, ist es ein bisschen wie bei den Kindern.“

Zuflucht für Frauen und Kinder
Seit 1988 finden Frauen in existenziellen Notlagen beim Verein „DOWAS für Frauen“ Unterstützung, Beratung und Wohnmöglichkeit.

Beratung
Begleitung
Wohnmöglichkeit

für Frauen